

„Sicherheit hat ihren Preis“

Chamber-Debatte zum nationalen Rettungsplan PNOS

Von Marc Schlammes

Die Ansage am Ende der Debatte ist klar und unmissverständlich: Am Finanzierungsschlüssel zwischen Gemeinden und Staat, so wie ihn das CGDIS-Gesetz aus 2018 vorsieht, werde festgehalten, antwortet Innenministerin Taina Bofferding (LSAP) dem Abgeordneten Marc Lies (CSV), dessen Partei die aktuelle Stunde zum Rettungsdienst und zum Plan national d'organisation des secours (PNOS) beantragt hat.

Daran ändert auch der Zwischenruf von Michel Wolter (CSV) nichts, der die Ministerin über die prozentuale budgetäre Beteiligung der Gemeinden belehren will - und prompt von Lydie Polfer (DP), die zurzeit den Vorsitz des CGDIS-Verwaltungsrates ausübt, darüber belehrt wird, wie sich das Budget des Corps grand-ducal d'incendie et de secours zusammensetzt.

Ein Budget, das in den kommenden Jahren wachsen wird. Die Umsetzung des PNOS soll für Staat und Gemeinden mit Mehrkosten über jährlich jeweils zehn Prozent einhergehen - was dem einen oder anderen Kommunalpolitiker Sorgen bereitet, wie auch das kritische Gutachten des Dachverbandes der Kommunen belegt.

Doch weder der Syvicol in seiner Stellungnahme, noch die einzelnen Redner der gestrigen Debatte stellen die Zielsetzung des PNOS in Frage: Bis 2025 sollen spätestens nach 15 Minuten die Rettungskräfte landesweit am Einsatzort eintreffen. Genauso wenig stellen die Deputierten das CGDIS in Frage, das sich seit seiner Gründung im Juli 2018 bei mehreren Großeinsätzen bewährt habe, so die allgemeine Einschätzung.

Nuancierter fällt derweil die Einschätzung der finanziellen Entwicklung aus. Ohne das Finanzierungsmodell in Frage zu stellen, unterstützen Simone Asselborn-Bintz (LSAP) - „Die Budgetanhebung ist notwendig und wir müssen sie uns leisten können“ -, Max Hahn (DP) - „Mehr Sicherheit hat ihren Preis“ - und Marc Baum (Déi Lénk) - „Wer sich ambitionöse Ziele gibt, muss sich auch die Mittel geben, um diese Ziele zu erreichen“ - die PNOS-Prognosen.

CGDIS, CNIS, PNOS

Seit dem 1. Juli 2018 sind alle Akteure der zivilen Sicherheit, unter anderem die Protection civile und die Freiwilligen Feuerwehren, im Corps grand-ducal d'incendie et de secours (CGDIS) zusammengefasst. Das Gesetz, das einstimmig verabschiedet wurde, sieht eine Finanzierung zu gleichen Teilen durch Gemeinden und Staat vor; auch der Verwaltungsrat ist paritätisch mit kommunalen und staatlichen Vertretern besetzt. Zurzeit übt Lydie Polfer (DP) den Vorsitz aus. CGDIS-Generaldirektor ist Paul Schroeder.

Das Centre national d'incendie et de secours (CNIS) ist das infrastrukturelle Herzstück des CGDIS. Am hauptstädtischen Rond-Point Gluck sollen nach vollständiger Inbetriebnahme die einzelnen Abteilungen



Das Löwenkopf-Logo als äußeres Merkmal des CGDIS; in der Chamber gab es ein breites Bekenntnis zur Reform aus 2018. Foto: P. Matgé

Aufgrund der pandemiebedingten drohenden finanziellen Einbußen werfen sowohl Marc Lies (CSV) als auch Marc Goergen (Piraten) die Frage nach einer anderen Kostenverteilung zu Gunsten der Gemeinden auf - der Ministerin Bofferding eine Absage erteilt. Von ADR-

● *Wer sich ambitionöse Ziele gibt, muss sich auch die Mittel geben, um diese Ziele zu erreichen.*

Marc Baum, Déi Lénk

Seite plädiert Jeff Engelen bei der Rekrutierung des für Administratives, Logistisches und Technisches zuständigen Personals für Synergien mit Armee und Polizei.

Keine Zwei-Klassen-Gesellschaft

Große Einigkeit herrscht wiederum bei der Feststellung, dass der nationale Rettungsdienst auch fortan auf viele Freiwillige angewiesen bleibt, die, wie Marc Lies hervorhebt, zwei Drittel aller Einsätze bewältigen. Es dürfe keine Zwei-Klassen-Gesellschaft zwischen hauptamtlichen und freiwilligen Helfern entstehen, warnt Marc Hansen (Déi Gréng), vielmehr müsse ein gesundes Gleichgewicht angestrebt werden. Wie dies aussehen könne, schildert Max Hahn, demzufolge die Devise lauten müsse „kein Rettungsdienst ohne Freiwillige“; deren begrenzte Flexibilität und Verfügbarkeit, insbesondere tagsüber, müsse mit Professionellen kompensiert werden. Marc Lies seinerseits plädiert dafür, jene Gemeinden zu unterstützen, die CGDIS-Aktive einstellen und folglich für Einsätze freistellen - eine Diskussion, der sich die Innenministerin nicht verschließen will.

Mit Blick auf das PNOS unterstreicht Taina Bofferding, dass es darum gehe, die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft im Bereich der zivilen Sicherheit zu stärken. Wie dies aussehen kann, erwähnt Marc Baum: Für den Abgeordneten von Déi Lénk ist es unverstänlich, dass in den Schulen keine verbindlichen Erste-Hilfe-Kurse angeboten werden.